

Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

26. März 2021

Wochenbericht KW 12

forsa | Kantar | IfD Allensbach | FG Wahlen

Wähleranteile:	Union zwischen 28,5 % und 25 %, SPD zwischen 18 % und 15 % Grüne zwischen 23 % und 21,5 %, AfD bei 12 % bzw. 10 %
Problemlösungskompetenz:	58 % trauen keiner Partei zu, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen – 18 % der Union
Wirtschaft:	Die Hälfte der Bevölkerung erwartet Verschlechterung der ökonomischen Lage
Weltpolitische Lage:	Mehrheit macht sich keine Sorgen um den Weltfrieden Gut ein Viertel nimmt Krankheiten als größte Bedrohung wahr Mehr Bürger finden, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitglied- staaten nimmt
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	IfD Allensbach ² für FAZ	FG Wahlen ³ für ZDF
CDU/CSU	26 (-3)	25 (-2)	28,5 (-8,5)	28 (-7)
SPD	16 (-)	17 (-)	18,0 (+3,0)	15 (-1)
FDP	10 (+2)	10 (-)	8,5 (+1,5)	9 (+2)
DIE LINKE	8 (-)	9 (+1)	8,5 (+1,5)	7 (-)
B'90/Grüne	22 (+1)	23 (+1)	21,5 (+1,5)	23 (+4)
AfD	10 (-)	10 (-)	10,0 (+0,5)	12 (+2)
Sonstige	8 (-)	6 (-)	5,0 (+0,5)	6 (-)
Erhebungszeitraum	1622.03.	1824.03.	0821.03.	2325.03.

Die Union liegt bei FG Wahlen 13 (-6), bei IfD Allensbach 10,5 (-11,5), bei forsa 10 (-3) und bei Kantar 8 (-2) Prozentpunkte vor der SPD.

Die Union liegt bei Kantar bei 25 %. Dies ist der niedrigste von diesem Institut gemessene Wert seit März 2020.

Die Grünen liegen bei Kantar und bei FG Wahlen bei 23 %. Dies ist der höchste Wert bei diesen Instituten seit August 2019 bzw. März 2020.

Die AfD liegt bei FG Wahlen bei 12 %. Dies ist der höchste Wert im ZDF-Politbarometer seit März 2020.

(Zeitreihen: forsa, Kantar, IfD Allensbach, FG Wahlen)

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (28.03.2021)

² im Vergleich zur KW 8

³ im Vergleich zur KW 8

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
Markus Söder	35 (-1)	
Olaf Scholz	16 (+1)	
Robert Habeck	20 (-)	
keinen davon	29 (-)	
Erhebungszeitraum	1622.03.	

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 19 (-2) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und mit 15 (-1) Prozentpunkten deutlich vor Robert Habeck.

(Zeitreihe)

,	-
Armin Laschet	18 (-3)
Olaf Scholz	19 (-1)
Robert Habeck	22 (-)
keinen davon	41 (+4)
Erhebungszeitraum	1622.03.

Armin Laschet verliert auch in dieser Woche an Zustimmung. Er liegt bei der Kanzlerpräferenz nun einen Prozentpunkt (-2) hinter Olaf Scholz und mit 4 (-3) Prozentpunkten Abstand hinter Robert Habeck.

(Zeitreihe)

Markus Söder	37
Olaf Scholz	16
Annalena Baerbock	16
keinen davon	31
Erhebungszeitraum	1622.03.

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit jeweils 21 Prozentpunkten Abstand auch deutlich vor Olaf Scholz und Annalena Baerbock.

Armin Laschet	18
Olaf Scholz	19
Annalena Baerbock	20
keinen davon	43
Erhebungszeitraum	1622.03.

Armin Laschet liegt hingegen bei der Kanzlerpräferenz einen Prozentpunkt hinter Olaf Scholz und zwei Prozentpunkte hinter Annalena Baerbock.

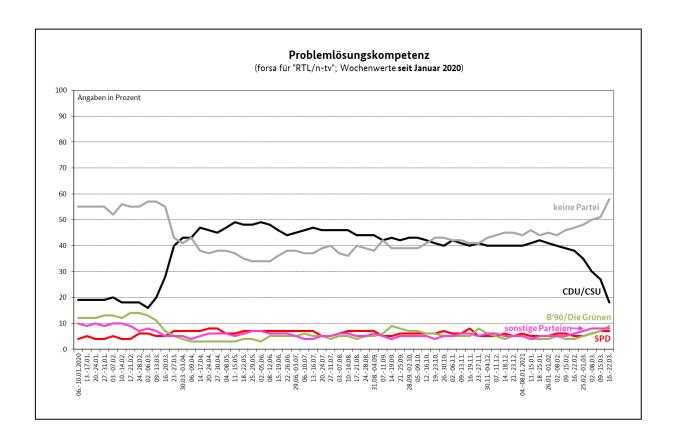
Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	18 (-9)	
SPD	7 (-)	
Grüne	9 (+2)	
sonstige Parteien	8 (-)	
keine Partei	58 (+7)	
Erhebungszeitraum 1622.0		

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, verliert die Union nochmals deutlich an Zustimmung.

Hingegen steigt der Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen, weiter. Der Wert von 58 % ist der höchste seit November 2019.



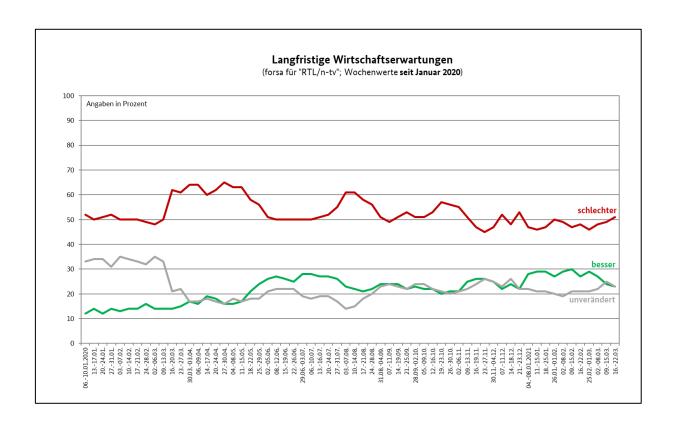
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	23 (-1)	
schlechter	51 (+2)	
unverändert	23 (-2)	
Erhebungszeitraum	1622.03.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche kaum verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 28 (+3) Prozentpunkte deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



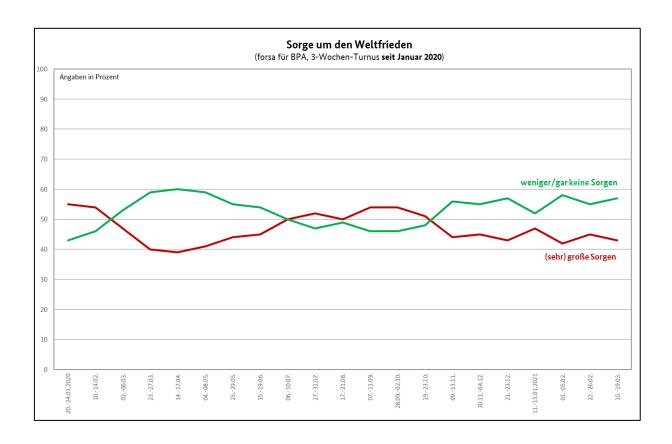
Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	forsa ^{für} BPA	
sehr große	8 (+1)	
große	35 (-3)	
wenig	44 (+2)	
keine	13 (+1)	
Erhebungszeitraum	1519.03.	

Anhänger der FDP (68 %) machen sich überdurchschnittlich oft wenig bzw. keine Sorgen um den Weltfrieden. Männer sind seltener besorgt als Frauen (33 % zu 52 %) und unter 30-Jährige seltener als über 60-Jährige (28 % zu 55 %).

Personen mit mittlerem Einkommen (51 %) und Anhänger der Linkspartei (57 %) machen sich hingegen überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden.



Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

Weltweite Krisen(regionen) als Gefahrenquelle für Deutschland

, ,		for:	
	Krankheiten: Coronavirus	26	(+7)
	Umwelt-/Klimakrise	12	(-1)
	(Welt-)Wirtschaftskrise	10	(+1)
	China	9	(+2)
	Asylbewerber, Flüchtlinge	8	(+1)
	Russland	8	(-4)
	Naher Osten, arabische Länder	7	(+2)

Die Bundesbürger nehmen weiterhin Krankheiten wie das Coronavirus am häufigsten als größte Gefahr für Deutschland wahr. Im Vergleich zur letzten Erhebung sehen wieder mehr Bürger Krankheiten als größte globale Bedrohung (+7 Prozentpunkte).

Syrien

Erhebungszeitraum

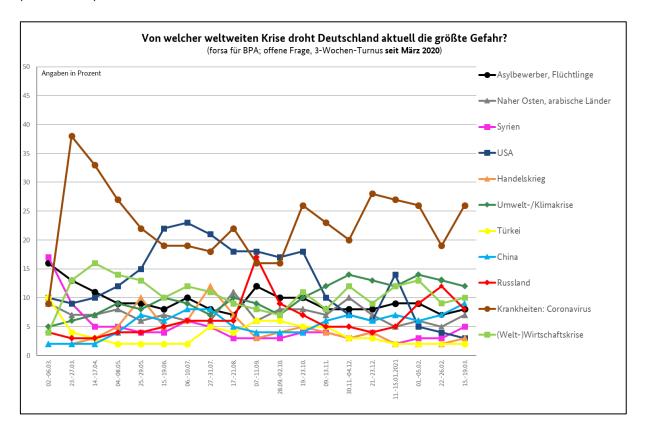
5

15.-19.03.

(+2)

Unter 30-Jährige (18 %) und Anhänger der Grünen (23 %) nennen die <u>Umwelt-/Klimakrise</u> überdurchschnittlich oft als größte Gefahrenquelle. Personen mit hoher formaler Bildung erwähnen sie häufiger als Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (17 % zu 5 %).

Unter 30-Jährige nennen die (Welt-)Wirtschaftskrise häufiger als größte Gefahr als über 60-Jährige (20 % zu 6 %).



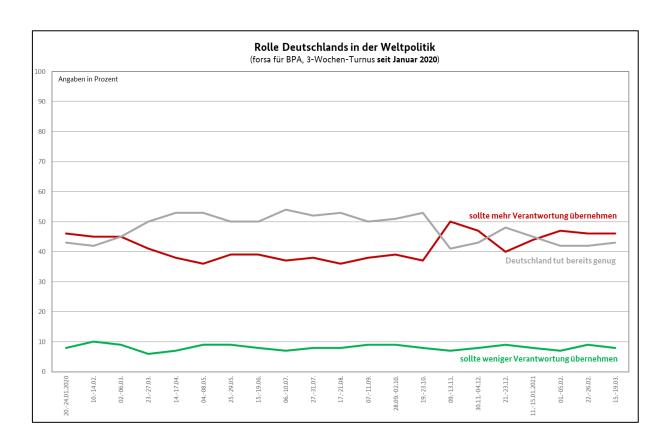
Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	forsa ^{für} BPA
sollte mehr Verant- wortung übernehmen	46 (-)
sollte weniger Verant- wortung übernehmen	8 (-1)
Deutschland tut bereits genug	43 (+1)
Erhebungszeitraum	1519.03.

Personen mit hoher formaler Bildung (52 %) sowie Anhänger der Grünen (59 %) und der SPD (57 %) sind überdurchschnittlich häufig der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (54 %) meinen überdurchschnittlich oft, dass Deutschland <u>bereits genug tut</u>.



Rolle Deutschlands in der EU

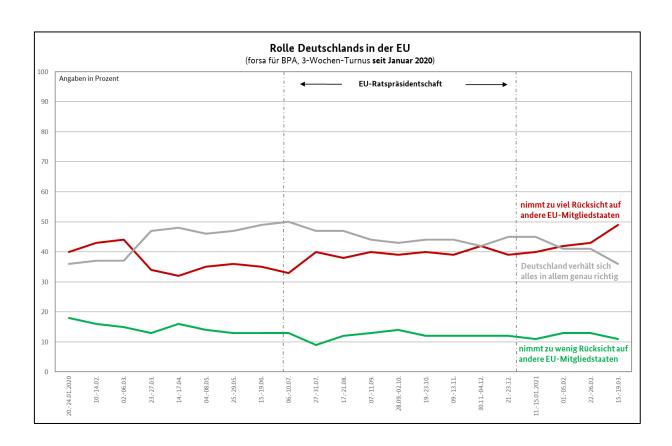
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 9

	forsa ^{für} BPA	
nimmt zu viel		
Rücksicht auf andere	49 (+6)	
EU-Mitgliedstaaten		
nimmt zu wenig		
Rücksicht auf andere	11 (-2)	
EU-Mitgliedstaaten		
verhält sich alles in allem	26 (5)	
genau richtig	36 (-5)	
Erhebungszeitraum	1519.03.	

Im Vergleich zur letzten Erhebung finden mehr Bürger, dass Deutschland <u>zu viel Rücksicht</u> auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt. Überdurchschnittlich häufig sind Personen mit einfacher bzw. mittlerer formaler Bildung (58 %) und Anhänger der AfD (76 %) dieser Meinung.

Ostdeutsche (17 %) und Anhänger der Linkspartei (21 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland <u>zu wenig Rücksicht</u> auf andere EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der SPD (49 %) und der Grünen (47 %) finden das Verhalten Deutschlands besonders <u>häufig genau</u> <u>richtig.</u>



Wichtigste Themen

	forsa für BPA	
Coronavirus	60	(+1)
Ausgangs- und Kontaktsperre	21	(+14)
Corona-Impfung	10	(-8)
Maskenaffäre im Bundestag	9	(+2)
Wahlen/Wahlkämpfe in Deutschland	7	(-26)
Erhebungszeitraum	2224.03.	

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus.

Die Ausgangs- und Kontaktsperre hat im Vergleich zur Vorwoche deutlich an Relevanz gewonnen (14 Prozentpunkte). Hingegen hat das Thema "Wahlen/Wahlkämpfe in Deutschland" erheblich an Bedeutung verloren (-26 Prozentpunkte).

